

# INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,  
Fernsehen

<http://www.gdp.de>  
gdp-pressestelle@gdp-online.de



Gewerkschaft  
der Polizei

Bundesvorstand

Berlin, 13. bis 16. November 2006

---

Dienstag, 14. November 2006

## 23. Ordentlicher Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei

### **Ergänzungen zum Geschäftsbericht**

Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit dem vorliegenden schriftlichen Geschäftsbericht möchte euch der Bundesvorstand Rechenschaft ablegen über die Arbeit der letzten 4 Jahre.

Ich möchte darüber hinaus ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu einigen aktuellen gesellschafts- bzw. gewerkschaftspolitischen Entwicklungen machen.

Ohne Zweifel haben die Herausforderungen für die Polizei, für die Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren zugenommen. Die Belastungen spüren wir alle.

#### **Zur Fußballweltmeisterschaft**

Gerne erinnere ich mich an die vergangene Fußballweltmeisterschaft in unserem Lande. Eine bisher so noch nie erlebte Euphorie konnten wir in Deutschland feststellen. Deutschland in Feierlaune.

Der Fußball, unsere Fußballnationalmannschaft rissen uns alle mit. Kaum einer konnte sich dem entziehen. Zu Millionen lagen sich fremde Menschen, aus vielen Ländern der Erde, freudestrahlend in den Armen und feierten den Fußball oder einfach nur so.

Deutschland wurde weltweit als vorbildlicher Gastgeber gelobt. Ein schönes Gefühl! Ein schönes Gefühl der Gemeinschaft!

#### **Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190  
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Für die Polizei war dieses natürlich mit immensen Belastungen verbunden. Die gute Vorbereitung und das konsequente Einschreiten bei Störern, bei Gewalttätern sicherten einen reibungslosen Verlauf der Weltmeisterschaft.

Dies war eine einmalige und großartige Leistung der Polizei;  
- und natürlich auch der anderen Institutionen, die bei der Organisation und Durchführung der WM ihren Beitrag geleistet haben.

Und es gab noch mehr Grund zur Freude.

Wir haben auch als GdP ein einmaliges Betreuungsprogramm für die unmittelbar eingesetzten Kolleginnen und Kollegen durchgeführt.  
... von Eis und kühlen Getränken über Sommerschirme gegen die Hitze bis zu kleinen Werbegeschenken als Andenken an dieses großartige Ereignis.

Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei allen GdP- Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sich hierfür - neben ihrer eigentlichen Arbeit - in einem unglaublichen Maße engagiert haben. Auch dieses eine wahrlich weltmeisterschaftliche Leistung.

Bedanken möchte ich mich namentlich bei meinen Vorstandskollegen Jörg Radek, der für das Betreuungsprogramm und Hugo Müller, der für die Werbung zuständig war.

Das alles war mit sehr viel Arbeit verbunden und doch bleibt ein wunderschönes Gefühl der Erinnerung zurück. Auch Anlass ein wenig stolz auf die Leistung der Polizei und der GdP zu sein.

### **Weltweite Krisenherde/Auslandseinsätze**

Wenig erfreulich ist ein Blick auf die weltweiten Krisenherde: sei es Afghanistan, Irak, Iran, Nordkorea, Kongo, Somalia, Sudan oder Nahost. An vielen Brennpunkten dieser Erde werden auch zunehmend deutsche Soldaten eingesetzt.

Und nach wie vor können wir dankbar sein, dass wir uns dem Willen des amerikanischen Präsidenten Bush entzogen haben und Deutschland sich nicht am Krieg im Irak beteiligt hat.

Der islamistische Terrorismus wird aber zunehmend zu einer weltweiten Bedrohung mit kaum vorhersehbaren Konsequenzen. Diese Bedrohung wird uns noch viele Jahre beschäftigen und auch noch zu gravierenden innenpolitischen Veränderungen führen. Deshalb müssen wir uns strategisch auf diese Bedrohungslage einstellen.

Dazu gehören auch die zunehmenden Auslandseinsätze der Polizeien der Länder, der Bundespolizei und des BKA.

Kolleginnen und Kollegen befinden sich in vielen Krisengebieten dieser Erde, ob in Afghanistan, im Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Palästina oder im Libanon.

Aufgrund des guten Rufes der Deutschen Polizei werden die Anforderungen an uns immer größer und die Einsätze immer gefährlicher.

Auch hier gilt es deutlich zu machen, dass alles für den Schutz der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen getan werden muss und dass die personellen Kapazitäten der deutschen Polizei äußerst begrenzt sind bzw. schon überzogen sind.

### **Zur gesellschaftlichen Situation**

Innenpolitisch ist nach wie vor die Massenarbeitslosigkeit mit über 4 Millionen registrierten Arbeitslosen das gravierendste gesellschaftliche Problem.

Hinzu kommt die steigende Zahl von Menschen, die von Armutslöhnen in Höhe von 3-7 Euro pro Stunde leben muss.

Die hohe Staatsverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 1,5 Billionen Euro hat bereits in den letzten 10 Jahren im öffentlichen Dienst zu einem massiven Personalabbau und zu weit reichenden sozialen Einschnitten geführt.

Sei es

- Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes/Urlaubsgeldes,
- Wochenarbeitszeitverlängerungen (bis auf 42 Stunden),
- z. T. in einigen Ländern die Anhebung der Lebensarbeitszeit bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten,
- Verschlechterungen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Altersversorgung.

Und wir sind noch nicht am Ende.

Die Gesundheits- und Rentenreform sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer stehen uns noch bevor. Die beabsichtigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre ist jedoch nichts anderes als ein drastisches Rentenkürzungsprogramm. Damit verbunden ist auch eine Anhebung bzw. Aufhebung der besonderen Altersgrenze bei den Polizeibeamten/-innen.

Wir können nicht einsehen, dass Opas zukünftig Streife fahren, während ihre Enkel arbeitslos sind. Ich kann mich an ein Plakat bei der Demonstration in Mainz erinnern. Es ging dabei um die Lebensarbeitszeitverlängerung. Auf dem Plakat stand: „65-jähriger Polizist sucht gleichaltrigen Straftäter.“

Was die große Koalition derzeit auf den Weg bringt und ankündigt, verschärft die sozialen Gegensätze in unserem Land.

Der Vormarsch der Neoliberalen muss gestoppt werden. Sie haben vielen den Verstand vernebelt.

Nach dem Motto:

- die Löhne sind zu hoch,
- die Menschen arbeiten zu wenig,
- der Staat, der Öffentliche Dienst muss drastisch reduziert werden,

- der Sozialstaat ist zu teuer und
- überhaupt muss alles privatisiert werden.

Zu diesen Leuten kann ich nur sagen:

Viele Menschen sind zu gut erzogen, um mit vollem Mund zu sprechen, aber es gibt einige, die haben keine Bedenken es mit leerem Kopf zu tun.

Aber wir überlassen diesen neoliberalen Leuten nicht unser Land und nicht die Meinungsführerschaft, wir wollen, dass es besser wird.

Wir lassen unser Land auch nicht schlecht reden, Immerhin sind wir seit 4 Jahren Exportweltmeister. Und das ist in erster Linie eine Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

Dafür haben die DGB-Gewerkschaften am 21.10.06 in fünf Städten demonstriert. 220 000 Menschen folgten diesem Aufruf. Auch hier möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Unterstützung und Teilnahme bedanken.

Es ist immer wieder schön zu spüren, dass man mit seiner Überzeugung Teil einer großen Gemeinschaft ist. Ohne diese Gemeinschaft geht es nicht.

Bei all den – ohne Zweifel – vorhandenen Problemen gibt es eine Reihe von Anzeichen, die die Hoffnung auf Besserung zulassen:

- die Arbeitslosigkeit ist im Oktober auf 4,1 Mio. gesunken,
- die Neuverschuldung ist auf 2% reduziert worden,
- die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten steigt,
- das Wirtschaftswachstum wird für dieses Jahr auf über 2,4 % geschätzt,
- der Staat verzeichnet ca. 40 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen für die Jahre 2006 und 2007,
- die Bundesanstalt für Arbeit hat voraussichtlich Überschüsse von ca. 10 Mrd. Euro.

Die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft.

Sorgen macht uns aber die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer

- durch die hohe Arbeitslosigkeit fehlt Millionen von auch die Lebensperspektive;
- Millionen von Menschen haben Angst um ihre bescheidene Existenz und sehen sich von Ausgrenzung bedroht;

- Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass sie nicht gebraucht werden;
- Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung leben 6,5 Mio. Menschen in Armut und haben resigniert, weil sie für sich keine Aufstiegschancen mehr sehen.
- Über 11 Millionen Menschen in Deutschland gelten als arm.

Diese Entwicklungen sind ohne Zweifel Zeichen einer verfehlten Politik.

Und während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren Real-einkommensverluste zu verzeichnen haben, sind die Bezüge von Managern drastisch gestiegen.

### **Zur Zunahme des Rechtsextremismus**

Die zunehmende Entsolidarisierung und soziale Spaltung unserer Gesellschaft haben weit reichende gesellschaftliche Konsequenzen. Dies ist auch ein fruchtbarer Boden für den Rechtsextremismus.

Durch die jüngsten Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Diskussion über den Rechtsextremismus wieder aufgelebt.

Wellenartig wird die Bundesrepublik Deutschland von Rechtsextremismus-Diskussionen erfasst. Der Empörung aller gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien auf dem Höhepunkt der Diskussion folgt die Untätigkeit im Alltag, wenn sich die Aufregung wieder gelegt hat.

Kontinuierlich arbeiten im Wesentlichen die Sicherheitsbehörden, Polizei und Verfassungsschutz gegen rechte Gewalt und Neonazismus.

Letztlich ist es nur die Polizei, die sich mit den Rechtsextremisten immer wieder herumschlagen muss. Die Polizei darf jedoch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, aber auch anderer aktueller Kriminalitätsentwicklungen, nicht von Politik, Medien und Bevölkerung als Notbremse und alleiniger Reparaturbetrieb benutzt werden.

Sie darf auch nicht immer häufiger und immer konzentrierter mit den Ergebnissen mangelnder Erziehung, verfehlter Sozialisation und defizitärer Kassen konfrontiert und zum größten Teil allein gelassen werden.

Und auch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist unsere Haltung klar und deutlich:

Wir brauchen diese Nazis nicht, nicht auf unseren Straßen und schon gar nicht in unseren Parlamenten.

Die beste Bekämpfung dieser Neonazis ist eine soziale Politik, die den Menschen Perspektiven aufzeigt und nicht Menschen ausgrenzt und sie in die Arbeitslosigkeit treibt.

Wir werden uns auf diesem Kongress noch mit dem Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ intensiv auseinandersetzen, da euch hierzu ein Initiativantrag des Bundesvorstandes vorliegt.

### **Zur Glaubwürdigkeit der Politik**

Die Politiker müssen aufpassen, dass sie nicht weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Unsere Demokratie leidet darunter. Immer mehr Menschen wenden sich von der Politik ab. Eklatanter Wortbruch ist in der Politik nicht selten.

Und jeder von uns hat da seine Erfahrungen.

In der Politik hat man immer öfter den Eindruck, dass es nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern ausschließlich um die Darstellung der eigenen Position bzw. Person.

Die Öffentlichkeit als Bühne der Selbstdarstellung. Dabei wird Diskussionstiefe durch Diskussionsbreite - also Oberflächlichkeit ersetzt. Oder man trifft auf eloquente Ratslosigkeit.

Die große Koalition befindet sich mit ihrer Politik auf dem Weg in die Sackgasse. Und wenn man sich in einer Sackgasse befindet, soll man nicht auch noch die Geschwindigkeit erhöhen, sondern die Richtung ändern.

### **Zur Situation der Parteien**

Die großen Volksparteien SPD und CDU verlieren zunehmend an Zustimmung in der Bevölkerung und an demokratischer Verankerung.

Die SPD hat seit 1990 über 40% und die CDU über 25% der Mitglieder verloren  
Die Wahlbeteiligung ist bei den letzten Landtagswahlen um 10% gesunken.

Dieses ist eine äußerst gefährliche Entwicklung. Die Demokratie lebt vom Engagement der Menschen und von der breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

### **Zur Situation der Gewerkschaften**

Auch die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren Mitglieder verloren, z. T. in dramatischer Weise.

Der DGB hatte nach der Wiedervereinigung 1991 11 Millionen Mitglieder, jetzt zählen die 8 Einzelgewerkschaften des DGB nur noch über 6,7 Millionen Mitglieder.

Dabei ist der Mitgliederverlust im Vergleich der Einzelgewerkschaften durchaus recht unterschiedlich.

Für die hohen Mitgliederverluste und für die Abnahme der politischen Bedeutung des DGB und seinen Einzelgewerkschaften gibt es zwangsläufig unterschiedliche Gründe:

- Zunehmender Verlust von Arbeitsplätzen,
- Einstellungsstopps und Stellenabbau im öffentlichen Dienst,
- „Mangelnde Erfolge“ angesichts schwieriger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen,
- Kritik an der Darstellung und am politischen Kurs der Gewerkschaften,
- Abnehmende Attraktion der Gewerkschaften (in unterschiedlicher Ausprägung bei den Einzelgewerkschaften),
- Zunehmende soziale und finanzielle Probleme der Arbeitnehmer/-innen,
- Zunehmende Ablehnung von Großorganisationen (und ihren Arbeitsweisen).

Durch die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (gesellschaftlicher Umbruch, Agenda 2010) haben auch die Gewerkschaften – wie auch die Parteien – Orientierungsschwierigkeiten was die Kursbestimmung betrifft:

In welchen Bereichen gibt es zwingenden Reformbedarf?

In welchen Bereichen sind Veränderungen unausweichlich?

Welche Alternativen gibt es?

Und wie können wir auf die Regierung, auf das Parlament Einfluss nehmen?

In diesem schwierigen Prozess der Kursbestimmung haben die Gewerkschaften zumindest aus Sicht der veröffentlichten Meinung und der überwiegenden Meinung der politisch Verantwortlichen eine „Bremserrolle“ („Betonköpfe“) eingenommen.

Hinzu kommt, dass die Parteien sich in ihrer Zusammensetzung verändern. So ist der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in den Bundestagsfraktionen gesunken.

Insgesamt hat auch das parteipolitische Engagement von Gewerkschaftsfunktionären abgenommen. Der Streit um den richtigen Weg zwischen Protest und notwendiger Gestaltung ist noch nicht beendet.

Die fünf Gewerkschaften (ÖTV, DPG, HBV, DAG, IG Medien) haben bekanntermaßen im März 2001 die damals größte Einzelgewerkschaft der Welt – ver.di - gegründet. Und es ist kein Geheimnis, dass dieser Zusammenschluss auch aus finanziellen Gründen zustande kam.

Viele Mitglieder fühlen sich in der großen und unübersichtlichen Gewerkschaft nicht richtig aufgehoben, finden ihre Interessen nicht wieder. Ver.di hat seit seiner Gründung über 500 000 Mitglieder verloren.

Für die GdP kann ich nur deutlich sagen, dass wir nach wie vor erfreut und stolz sind, dass wir selbstständig und finanziell unabhängig geblieben sind und auch bleiben werden.

Und ich wiederhole mich: wenn ich bei den Parteien den Verlust an Glaubwürdigkeit beklagt habe - das gehört auch zur Selbstkritik -, dann gilt dieses mit Einschränkungen auch für die Gewerkschaften.

### **Zu den Vorwürfen gegen die Gewerkschaften**

Auch und gerade die Gewerkschaften wurden in den letzten Monaten von vielen Politikern der unterschiedlichen Parteien als Opportunisten, Versager oder destruktive Verweigerer beschimpft. Es wurde gar gewarnt, dass die Gewerkschaften Gefahr laufen, zum Motor der Rechtsradikalen zu werden. Und es gibt da noch unsere üblichen Verdächtigen.

z. B. Herr Westerwelle von der FDP:

Er hat die Gewerkschaften als „wahre Plage für Deutschland“ bezeichnet und vor der Bundestagswahl angekündigt, nach einem Wahlsieg die Gewerkschaften entmachten zu wollen. Er beherrscht es wirklich, sich aufzublasen und dann eine Welle zu erzeugen.

Oder Friedrich Merz, der als damaliger CDU-Fraktionsvorsitzender versprochen hat, das Tariffkartell aufzubrechen und die Funktionäre zu entmachten.

... oder seine Forderung, dass die Arbeitnehmer für freigestellte Personal- und Betriebsräte selbst aufkommen sollten.

Seine verbalen Amokläufe sind Vergangenheit. Jetzt denkt er nur noch an sich und stopft sich die Taschen voll.

In diesen Kreis gehört auch der CSU-Generalsekretär Markus Söder. Als Reaktion auf die DGB-Demonstrationen am 21.10.06 sagte er auf dem Deutschlandtag der Union: „Die Gewerkschaften seien das eigentliche Standorthindernis für Deutschland.“

Betrachtet man diese Äußerungen, so ist man fast überzeugt, dass manche Politiker von einem seltsamen Erreger befallen sind:

Mit folgenden Symptomen:

- glasige Augen,
- akute intellektuelle Desorientierung,
- und pathologische Verständnisdefizite.

Sie wollen mit schriller Polemik das politische Leergut überdecken.

### **Zur Situation der Inneren Sicherheit**

Die Diskussionen über die weltweiten Krisenherde, die wirtschaftlichen Probleme und die sozialen Ängste der Menschen bestimmen zurzeit die öffentliche Diskussion.

Die Ängste der Menschen vor Kriminalität kommen dabei zu kurz. Insbesondere der ständige Anstieg der Gewaltkriminalität hat in der öffentlichen Wahrnehmung nicht den erforderlichen Stellenwert. Nur bei spektakulären Ereignissen geraten die Opfer von Kriminalität bzw. das Ereignis in den öffentlichen Focus.

Nach erfolgter medialer Betroffenheit springen die Politik und die Medien zum nächsten Ereignis, meist ohne die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Die größte Herausforderung, sowohl außen- als auch innenpolitisch, stellt der globale islamistische Terrorismus dar. Noch immer mangelt es an den gesamtgesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Konsequenzen.

Und kein Politiker soll später sagen, er habe es nicht gewusst. Insbesondere wenn im Falle eines Terroranschlages Sicherheitsdefizite offenbar werden.

### **Zur Situation der Polizei**

Die Belastungen für die Beschäftigten der Polizei haben in den letzten Jahren zugenommen.

- Die Gefahren des Polizeiberufes sind ebenfalls gestiegen.
- Immer häufiger werden wir mit Gewalt konfrontiert.
- Allein die Zahl der Widerstände gegen die Staatsgewalt ist in den letzten 10 Jahren um ca. 50% auf ca. 25 600 Fälle im Jahre 2005 gestiegen.

Der Dienst auf der Straße, ob als Beamter, Tarifbeschäftigter, oder auch für die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr oder vom Zoll ist ohne Zweifel gefährlicher geworden und für alle die Berufsperspektive unsicherer, eine Lebensplanung immer schwieriger.

Uns wird häufig entgegengehalten: „Ihr habt wenigstens einen sicheren Job.“  
Ich halte dieses Wort „Job“ für unangebracht.  
Wir machen keinen „Job“.

- Für einen Job riskiert man nicht Leben und Gesundheit.
- Geschändete und getötete Kinder zu bergen, ist kein Job.
- Familien die Nachricht vom Tod eines Angehörigen zu überbringen, ist kein Job.
- Bespuckt, mit Steinen und Flaschen beworfen zu werden, ist kein Job.
- Einen Schwermörder festzunehmen, ist kein Job.

- Die Arbeit an den Rändern der Gesellschaft und den Abgründen der menschlichen Seele zu machen, ist kein Job.
- Mitbürger vor Kriminalität zu schützen, ihr Recht auf Achtung ihrer Würde zu verteidigen, Gesetze für eine funktionierende gesellschaftliche Ordnung durchzusetzen, ist kein Job.

Sicherheit zu gewährleisten ist kein Job, sondern Staatsziel.

Der Staat ist verpflichtet, diesem Grundbedürfnis zu entsprechen und die öffentliche Sicherheit, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Ich kann dazu nur sagen: „Polizei für die Sicherheit - Sicherheit für die Polizei“

Wir hatten in den letzten Monaten viele Großeinsätze zu bestehen, die mit den größten Belastungen verbunden waren:

- von der Fußballweltmeisterschaft über
- den Bush-Besuch in Stralsund, bis hin
- zum Papstbesuch u. a.

Alles ist von uns erfolgreich bewältigt worden.

Und dabei muss man beachten, dass wir alle diese Aufgaben, mit immer weniger Personal wahrgenommen haben. Angesichts der bedrohlichen Sicherheitslage sind die Personalkürzungen verantwortungslos und das wird sich auch noch rächen.

Ein anderes Thema: Ausrüstung.

Stichwort: **Digitalfunk**.

Noch immer gibt es keine abschließende verlässliche Planung, lediglich Absichtserklärungen. Dies ist ein eklatantes Beispiel für politisches Versagen mit kaum abzuschätzenden Nachteilen für die Innere Sicherheit. Ein politisches Trauerspiel erster Güte.

Stichwort „**Bürokratie**“.

Die Forderung nach Bürokratieabbau gehört zu den beliebtesten politischen Floskeln. Welcher Bürger – und auch wir sind Bürger - schimpft nicht regelmäßig über das Ausmaß an Bürokratie in unserem Lande. Aus diesem Grunde werden diese politischen Sprechblasen gerne benutzt. Nichts als Luft; - manchmal auch schlechte.

Überall nimmt die Bürokratie - aufgrund von politischen Entscheidungen – zu:

- ob wir die so genannten Verwaltungsreformen nehmen,
- neue Steuerungsmodelle der verschiedenen Ausprägungen,
- und häufig auch Organisationsentwicklungen,

alles läuft unter der schönen Überschrift „Verwaltungsmodernisierung“ und soll häufig betriebswirtschaftliches Handeln auf die polizeiliche Arbeit übertragen oder einfach

der politischen Selbstdarstellung dienen. Nun ist es sicherlich schwierig hier eine pauschale Bewertung vorzunehmen, denn vieles kann durchaus richtig und nützlich sein, aber vieles ist einfach „intellektueller Schwachsinn.“

Die Polizei eignet sich nicht als Feldversuch für die verschiedenen Managementkonzepte von Balanced Scorecard bis Total Quality Management, oder wie immer sie auch heißen.

Viele Kolleginnen und Kollegen kommen gar nicht mehr zur eigentlichen Arbeit. Sie verbringen viel Zeit mit der Definition von Zielvereinbarungen oder mit der Sammlung von Daten für das Controlling. Gigantische Papiertiger werden teilweise aufgebaut, dessen Sinn sich vielen Kolleginnen und Kollegen oft verschließt.

Und wo es keinen Sinn gibt - kann man ihn auch nicht finden.

Wir sind kein Abenteuerspielplatz für Versuchsreihen von profilsüchtigen Politikern und teuren Unternehmensberatungsfirmen. Ministerielle Selbstdarstellung durch Hochglanzbroschüren ist noch kein Maßstab für die Praxistauglichkeit von Konzepten.

Für mich ist Bürokratie eine Verbindung des Unangenehmen mit dem Nutzlosen.

Wir sind wahrlich keine Modernisierungsverweigerer, wie einem so gerne entgegengehalten wird, wir wollen nur unsere Arbeit zum Wohle der Bürger machen.

Die Gewerkschaft der Polizei sperrt sich nicht gegen Kostenbewusstsein, gegen eine effektive Verwaltung oder gegen ein modernes Management.

Dies darf aber nicht nur eine Tarnung für rigorose Sparprogramme sein; so genannten Geiz-ist-geil-Reformen.

#### Stichwort: **Föderalisierung**

Die Verlagerung des Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrechts an die Länder ist ein Irrweg. Diese Kompetenzverlagerung ist nichts anderes als ein Instrument der Haushaltssanierung und der Selbstdarstellung der Ministerpräsidenten.

Wir werden alle noch darunter leiden. Auch hier haben wir es wieder. Dies führt zu einer weiteren Bürokratisierung, da neue Dienstrechtsabteilungen in den Ministerien aufgebaut werden müssen. Diese Föderalisierung ist nichts Anderes als eine Entsolidarisierung des Staates. Die Länder werden stärker in Konkurrenz treten. Das grundgesetzlich geschützte Ziel, die Lebensverhältnisse in Deutschland anzugleichen, gerät zunehmend aus dem Blick.

Hierbei denke ich insbesondere an die Entwicklungen in den neuen Ländern. Eine zutiefst bedauerliche Entwicklung.

#### **Zur Situation der GdP**

Die Gewerkschaftsarbeit hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert; bis Mitte der 90iger Jahre ging es immer um ein „Mehr“, um soziale Verbesserungen. In den

letzten 10 Jahren kämpfen wir jedoch darum, soziale Verschlechterungen zu verhindern. Das gilt für alle Gewerkschaften, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vieles was wir erreicht haben, wird in Frage gestellt.

Dieses ist den Kolleginnen und Kollegen oft schwer zu vermitteln. Die Erwartungshaltung ist häufig eine andere.

Es ist meist schwer zu vermitteln, dass das Abwehren von sozialen Verschlechterungen oder auch teilweise zu verhindern ein gewerkschaftlicher Erfolg ist.

Das macht uns das Leben so schwer und so mancher Kollege kehrt uns den Rücken. Jeder Austritt schwächt aus. Zusätzlich werden flächendeckend Stellen gestrichen und Einstellungszahlen drastisch heruntergefahren. Vor Ort Überzeugungsarbeit zu leisten, ist ungeheuer schwierig und nicht immer nur mit Freude verbunden. Dafür müssen wir alle immer wieder Kraft schöpfen.

Gemeinsames Handeln und Solidarität sind die Quellen, aus denen wir Kraft schöpfen können.

Ein Beispiel hierfür waren die Tarifeinverständigungen im Öffentlichen Dienst im Frühjahr dieses Jahres mit der Tarifgemeinschaft der Länder. Es ging – bekanntermaßen - um die Kürzung/Streichung der Sonderzahlung, um die beabsichtigte Verlängerung der Wochenarbeitszeit, um die Übernahme des TVÖD.

Wir erinnern uns noch alle, an den arrogant auftretenden niedersächsischen Finanzminister Möllring, der die Länder vertrat. Nach 14 Wochen Streik konnten wir den Flächentarifvertrag retten und ein durchaus vertretbares Ergebnis in den Verhandlungen erzielen. Dieser Arbeitskampf hat uns alle viel Kraft gekostet, aber auch zu einer beeindruckenden Solidarisierung geführt.

Ich möchte mich bei allen, die an diesen Streik- bzw. an Solidaritätsaktionen teilgenommen haben, recht herzlich bedanken. Es war eine beeindruckende Leistung, die sicherlich unvergessen bleiben wird.

Die negative Mitgliederentwicklung führt zwangsläufig auch zu geringeren Beitragseinnahmen. Und dies hat Folgen. Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat sich fest vorgenommen, die Ausgaben den geringeren Einnahmen anzupassen. Das bedeutet Sparen. Dieses haben wir bisher – in einem sehr schwierigen Prozess – durchgeführt. Wir haben Sekretärsstellen in der Bundesgeschäftsstelle - bei Ausgeschiedenen - nicht wieder besetzt. Das hört sich sehr leicht an. Aber die Arbeit muss in der gewohnten Qualität weiter gemacht werden. Nicht immer geschieht dieses zu aller Zufriedenheit.

Wir prüfen alle Ausgaben, nach Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit. Alle! Das führt bei uns allen, zu Mehrarbeit und zu einer größeren Belastung. Manchmal auch zur Überlastung.

Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle bei allen GBV-Mitgliedern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle recht herzlich für die engagierte Zusammenarbeit bedanken.

Dieser schwierige Sparprozess hat auch das Ziel, eine unabhängige Gewerkschaft der Polizei zu bleiben, die immer auch finanziell in der Lage bleibt, notwendige gewerkschaftliche Aktionen, wie zum Beispiel den Streik im Frühjahr, zu finanzieren. Und ich möchte mich hier auch ganz besonders bei unserem Bundeskassierer Andreas Schuster bedanken, der viel Kraft investiert und für diesen notwendigen Sparkurs steht.

Wir wollen nicht wie andere Gewerkschaften finanziell mit dem Rücken an die Wand kommen.

Wir wollen die Gewerkschaft der Polizei bleiben, die unabhängig und handlungsfähig bleibt.

Auf vieles was wir gemeinsam erreicht haben, können wir stolz sein.  
... so z.B. auf unser hohes Ansehen in der Öffentlichkeit.

Obwohl wir die kleinste Gewerkschaft im DGB sind, liegen wir vom Bekanntheitsgrad an dritter Stelle. Das liegt zum Teil auch an unserer guten Medienarbeit.

In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir rund 400 Pressemeldungen an unseren bundesweiten Verteiler versendet. Allein in diesem Jahr hatten wir ca. 1 Million Besuche auf unserer GdP-Internetseite. Die Anzahl der Medienanfragen hat sich nahezu verdoppelt.

Etwa 13.300 mal ist die GdP – Bund, Landesbezirke, Bezirke – im Zeitraum von Oktober 2002 bis September 2006 in elektronischen Medien genannt worden. Das waren ca. 39.000 Minuten Berichterstattung mit Bezug zur GdP in den elektronischen Medien mit rund 4,4 Milliarden Zuschauer und Zuhörer.

Auch dieses, eine erfreuliche Gemeinschaftsleistung. Dafür möchte ich mich bei euch allen bedanken.

Die Gewerkschaft der Polizei hat einen guten Namen in der Öffentlichkeit und dafür lohnt es sich weiter mit großem Engagement zu arbeiten.

### **Zum Kongress/zur Wahl**

Wir stehen ohne Zweifel vor großen Herausforderungen. Den Kopf hängen zu lassen oder zu resignieren, dafür gibt es keinen Anlass.

Sicherlich leidet unsere Gesellschaft, unser Land etwas unter Missmut und mangelnder Tatkraft und Gestaltungswillen.

Bei allen – auch berechtigten – Klagen, lohnt sich immer ein Blick in die Vergangenheit oder in andere Teile unserer Erde.

Vor welchen Herausforderungen standen unsere Eltern oder die Generationen davor?

Wie gestaltet sich das Leben in den meisten Ländern dieser Erde, ob Afrika, Südamerika, Irak, Afghanistan oder Nordkorea?

Wir sollten mit der notwendigen Zuversicht den Herausforderungen begegnen und unsere Zukunft gestalten. Auch wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind.

Ich bin mir sicher, dass dem stattfindenden Entsolidarisierungsprozess wieder eine Phase der Rückbesinnung auf allgemeine Wertmaßstäbe, auf Gemeinsamkeit, auf Solidarität folgen wird.

Diesen Weg gilt es auf diesem Kongress zu gestalten.

Dazu gehören auch die notwendigen personellen Entscheidungen.

Euch liegt ein Personalvorschlag für den Geschäftsführenden Bundesvorstand vor.

Dieser Vorschlag wurde vom GBV einstimmig dem Bundesvorstand vorgelegt, der diesen Vorschlag dann mit großer Mehrheit wiederum euch vorlegt.

Ich bitte euch, diesem Vorschlag zu folgen.

Die schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft zu einer Entsolidarisierung, durch die Föderalisierung entwickelt sich ein Gegeneinander der Länder untereinander, auch eine Form der Entsolidarisierung und ich will nicht verschweigen, dass es auch unterschiedliche Vorstellungen, Handlungsweisen zwischen den Gewerkschaften gibt.

Und es ist kein Geheimnis – auch in der GdP.

Wenn wir die Zukunft auch nur ansatzweise nach unseren Vorstellungen gestalten wollen, dann geht das nur gemeinsam. Dann geht das nur solidarisch mit einem großen Maß an Geschlossenheit. Wir dürfen uns nicht selbst schwächen.

Jeder von uns muss auch mal in der Lage sein, eigene Ansichten zurückzustellen, um dem Großen und Ganzen, der Gewerkschaft der Polizei zu dienen. Deshalb bitte ich euch, lasst uns nach außen ein hohes Maß an Geschlossenheit zeigen und schenkt uns euer Vertrauen.

Je höher der Vertrauensbeweis, umso mehr kann der neue Vorsitzende, können die neuen GBV-Mitglieder zum Wohle der Gewerkschaft der Polizei wirken und für die Kolleginnen und Kollegen durchsetzen.

Gestattet mir zum Schluss die Gelegenheit wahrzunehmen, mich für die letzten vier Jahre zu bedanken.

Mein Dank gehört

- den GBV-Mitgliedern,  
wir haben immer mit einem hohen Maß an Geschlossenheit gearbeitet,
- den Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes und des Bundeskontrollausschusses,
- den Personengruppen:  
Junge Gruppe, Senioren und den Frauen,
- den Mitgliedern der Großen Tarifkommission, die in diesem Jahr besonders gefordert waren,
- und den Bundesfachausschüssen

Danke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Wir müssen leidenschaftlich das Wünschbare im Blick halten und beharrlich das Machbare tun.

Wir müssen handeln aus Überzeugung und überzeugen durch Handeln.

Und das geht nur mit einer starken Gewerkschaft der Polizei.